Nr. 529 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 257

Abend-Ausgabe

7 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat November 400.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 496,— M., für das übrige Ausland 665,— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 80,— M. Reklamezeile 400,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 16,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10,— M., jedes weitere Wort 8,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 25,— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Mittwoch, den 8. November 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Die Denkschrift der Sachverständigen.

Die internationalen Finanzsachverständigen, die von der deutschen Regierung eingeladen waren, um die Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands zu untersuchen, haben ihre Gutachten erstattet und der Reichsregierung mitgeteilt. Das erste von den Herren Brand, Cassel, Jenks und Keynes unterzeichnete Gutachten hat folgenden Wortlaut:

Bericht über die Stabilisierung der Mark.

1. Wir sind vollkommen überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, die deutsche Mark unverzüglich zu stabilisieren. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um Deutschland vor dem drohenden völligen Zusammenbruch zu retten. Es ist ebenso wesentlich im Interesse seiner Gläubiger, deren Ansprüche andernfalls ihren Wert verlieren würden. Falls gewisse Zugeständnisse, über die wir uns nachstehend äußern, von diesen Gläubigern gemacht werden, ist die Stabilisierung möglich. Aber sie muß in erster Linie ausgehen von Deutschlands eigenen Bemühungen und vermittels seiner eigenen Kraft und

entschlossenen Vorgehens der deutschen Regierung.

Es ist hoffnungslos, in der augenblicklichen Lage die Stabilisierung von fremder Hilfe zu erhoffen, da Deutschland als wichtigste Grundlage eine eigene aufbauende Politik haben muß; und zwar auch, wenn damit Gefahren verbunden sind. Ein anderer Weg steht nicht offen.

2. Auf die Frage,

ob die Stabilisierung unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, antworten wir: Nein.

Erstens aus inneren Gründen, vornehmlich den Wirkungen der Finanzpolitik des Deutschen Reiches in der Kriegs- und Nachkriegszeit; zweitens aus äußeren Gründen, insbesondere wegen der Lasten aus dem Versailler Vertrag.

Ueber die notwendigen inneren Maßnahmen äußern wir uns weiter unten.

3. In bezug auf die äußeren Lasten glauben wir, daß **solange Deutschland nicht für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag entlastet wird, jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern und nur zur nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen würde.** Eine solche Entlastung ist daher die unentbehrliche Vorbedingung.

Die Länge des Zeitraums, für den die Zahlungen einzustellen sind, wird von der Möglichkeit abhängen, im deutschen Staatshaushalt einen Ueberschuß zu erzielen. Der wesentliche Gesichtspunkt ist der, daß die Zahlungen erst wieder aufgenommen werden können, wenn sie aus einem wirklichen Ueberschuß stammen und nicht aus neuer Inflation. Wir glauben, daß der Zeitraum gegenwärtig auf

mindestens zwei Jahre

festgesetzt werden müßte. Der Zahlungsaufschub muß Sachleistungen ebenso wie Barzahlungen umfassen.

4. Jeder Stabilisierungsplan kann so lange nur als ein vorläufiger gelten, wie nicht eine endgültige, und zwar baldige und durchführbare Regelung des Reparationsproblems gefunden wird. Indessen glauben wir, angesichts der Gefahren des Zuwartens selbst nur noch für einige Zeit, daß notfalls die Stabilisierung auch der endgültigen Regelung dieser Frage vorausgehen müßte.

5. Wenn die eben vorgeschlagene Entlastung gewährt wird, hängt im übrigen der Erfolg eines Stabilisierungsplanes nicht von einer Auslandsanleihe ab, sondern vielmehr von der Gestaltung der Produktionsverhältnisse und des Staatshaushaltes in Deutschland, sowie davon, daß die endgültige Regelung des Reparationsproblems sobald wie möglich getroffen wird.

Indessen würde die Unterstützung durch ein internationales Konsortium von der größten Wirkung auf die Stimmung des Publikums sein. Wir glauben, daß, während die Pläne für die Stabilisierung der Mark zur Durchführung gebracht werden, zugleich Verhandlungen über eine derartige Hilfsaktion, vielleicht in Gestalt von Krediteinräumungen für den Bedarf, eingeleitet werden sollten und daß

ein Komitee von Bankiers sogleich zusammenberufen

werden sollte, um die Gründung eines Konsortiums zur Mitarbeit an dem weiter unten vorgeschlagenen Stabilisierungsplan zu beraten.

Wir möchten aber klar zum Ausdruck bringen, daß vor einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems auf vernünftiger Grundlage Kredite eines ausländischen Konsortiums nur in sehr bescheidenem Umfange und nur als Unterstützung eigener Maßnahmen Deutschlands erhältlich sein werden. **Eine wirklich erhebliche Auslandsanleihe kann erst erhofft werden, wenn die Kreditgeber die Lage am Ende des Moratoriums sicher übersehen können. Denn ohne solche Sicherheit fehlt die gesamte Grundlage für eine Anleihe.**

6. Auf die Dauer hängt der Erfolg der Stabilisierung vom Gleichgewicht des Staatshaushalts ab. Andererseits ist die Stabilisierung selbst wieder eine notwendige Vorbedingung, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

Das deutsche Reichsfinanzministerium hat uns versichert, daß, falls die Mark stabilisiert und falls das Budget von den augenblicklichen außerordentlichen Ausgaben entlastet wird, es möglich wäre, schon bald die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. **Die augenblicklichen Währungsverhältnisse machen jede klare Uebersicht über das Budget unmöglich.** Aber wir sehen keinen Grund, an der Richtigkeit dieser Auffassung von den Möglichkeiten zu zweifeln.

Die äußerste Sparsamkeit in allen Staatsausgaben **und die äußerste Strenge in der Einkreibung der Steuern** sind von entscheidender Bedeutung. Anlage von Kapital für öffentliche Arbeiten darf nicht aus den laufenden Einnahmen erfolgen, sondern muß durch innere fundierte Anleihen gedeckt werden. Indessen ist es weder erforderlich noch möglich, unbedingt jeden Zuwachs in der schwebenden Schuld zu verhindern; und nach erfolgter Stabilisierung würde es für kurze Zeit möglich sein, so viel Zuwachs zu gestatten als erforderlich ist, um die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beheben.

7. Wir konnten feststellen, daß der Haupteinwand bei vielen Sachverständigen gegen jeden Stabilisierungsplan ohne umfangreiche Auslandshilfe auf einer ungünstigen Beurteilung der Handelsbilanz beruht. Zurzeit fehlt jede Unterlage für eine sachgemäße Beurteilung der Statistik. Wir haben viel voneinander abweichende Ziffern vorgelegt bekommen und zweifeln daran, daß irgendeine davon besonders glaubwürdig ist. Um uns überhaupt über die Größe des gegenwärtigen Defizits in der Handelsbilanz ein Bild zu machen, mußten wir eine andere Art der Berechnung anwenden.

Auf der Debetseite seiner Zahlungsbilanz hatte Deutschland das Defizit der Handelsbilanz, seine Zahlungen aus dem Versailler Vertrag und die Kapitalflucht auszugleichen. Dafür standen nur in beschränktem Maße „unsichtbare Ausfuhren", Auslandskredite und Auslandskäufe von Mark und Markwerten zu Gebote. In irgend einer Weise haben diese beiden Seiten der Zahlungsbilanz doch auch während des laufenden Jahres ausgeglichen sein müssen. Wäre die Handelsbilanz wirklich in dem Maße passiv gewesen, wie von einigen angenommen wird, so hätte der Aufkauf von Markwerten durch Ausländer eine Höhe erreichen müssen, die jede Möglichkeit übersteigt.

Daraus folgern wir, daß der Passivsaldo der gegenwärtigen deutschen Handelsbilanz nicht so groß sein kann, und daß, falls die Zahlungsbilanz von den Zahlungen aus dem Vertrag von Versailles und den Kohleneinfuhren zum Ersatz der Lieferungen von Reparationskohle befreit wird, der Ausgleich der Zahlungsbilanz möglich sein muß.

So halten wir denn den Zustand der Handelsbilanz nicht für ein entscheidendes Hindernis der Stabilisierung. Im übrigen ist eine gesunde Währung an sich schon ein wirksames Heilmittel für eine ungünstige Handelsbilanz und weckt Kräfte, die im Sinne des Gleichgewichts wirksam werden.

Indessen muß ein Zugeständnis gemacht werden, ohne das die Wiederherstellung der deutschen Handelsbilanz derartige Opfer fordern würde, daß die praktische Durchführung unseres Planes gefährdet wäre, nämlich die

Wiederherstellung der Gleichberechtigung für Deutschland

im internationalen Handel in bezug auf das Recht, Zölle von der Luxuseinfuhr zu erheben, und für die Ausfuhr die Meistbegünstigung zu fordern. Das Ausland wird eher bereit sein, die gegenwärtigen Einschränkungen zu ändern, wenn durch die Stabilisierung der Mark der deutsche Wettbewerb auf fremden Märkten wieder normalen Charakter bekommt.

8. Wir schließen daraus, daß unter den Bedingungen, wie wir sie fordern, die sofortige Stabilisierung mit Hilfe von Deutschlands eigenen Maßnahmen möglich ist. Wir gehen indessen noch weiter. Einige technische Voraussetzungen — die große Goldreserve —, die Knappheit an Zahlungsmitteln, der Abstand zwischen der äußeren Entwertung einerseits und dem Maß der Inflation im Inland und der inneren Entwertung andererseits — erleichtern es schon heute, die Herrschaft über die Lage in die Hand zu bekommen. Bei einem Dollarkurs von 3500 ist der Goldbestand der Reichsbank über doppelt so groß wie der Wert des Notenumlaufs. Das ist eine noch nie dagewesene Lage. Keine andere Währung ist mit einer noch ungenutzten potentiellen Reserve von derartigem Umfang zusammengebrochen.

9. Wir würden es für unvorsichtig halten, die von uns vorgeschlagene Stabilisierung anders als zu einem niedrigen Wert der Mark zu versuchen, wobei dieser Wert immerhin erheblich höher sein kann, als der augenblickliche. Es ist unmöglich, schon jetzt zu sagen, welcher Kurs genommen werden soll. Der letzte scharfe Fall beruht vorwiegend auf dem Zusammenbruch des Vertrauens, und, falls die oben angegebenen Maßnahmen ergriffen werden, kann eine wesentliche Besserung sofort Platz greifen. Als Erläuterung unserer Ansicht möchten wir annehmen, daß unter den Bedingungen des Zeitpunktes, zu dem dieser Bericht geschrieben wird (bei Dollarkurs 7000), ein

Kurs zwischen 3000 und 3500 Mark für den Dollar

richtig sein dürfte. Man muß sich aber vor Augen halten, daß bei jedem derartigen Kurs eine erhebliche Steigerung des Notenumlaufs nach und nach nötig sein wird in dem Maße, wie das Geschäftsleben des Landes zu normalen Verhältnissen zurückkehrt. Der endgültige Konversionsfuß muß unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark einerseits und der Devisenkurse andererseits festgesetzt werden, wenn erst einmal der im zweiten Teil unseres Berichts entworfene Plan ins Werk gesetzt ist und die Hauptrichtlinien einige Zeit zuvor veröffentlicht worden sind.

Selbstredend muß nach vollkommener Durchführung der Stabilisierung eine neue Werteinheit in Höhe eines Vielfachen der stabilisierten Papiermark im Interesse der Verkehrserleichterung eingeführt werden.

Richtlinien für die Stabilisierung der Mark.

1. Gegen die Zustimmung zum Aufschub aller Zahlungen aus dem Vertrage von Versailles für die Dauer von 2 Jahren sollte die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende entschiedenen Garantien geben:

a) **in Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hätte;**

b) **solange ein Teil dieses Goldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei Angebot zu einem festzusetzenden Kurs zu kaufen; dieser feste Kurs wäre nach den Grundsätzen zu bestimmen, die im ersten Teil unseres Berichtes entwickelt sind;**

c) **der Gesamtbetrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen. Weitergehender Kreditbedarf des Reiches wäre durch fundierte Anleihen zu decken.**

An diesen Grundsätzen dürfte ohne Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden. Ferner müßte einerseits die Reparationskommission, andererseits das Reich die Mittel der Währungsstelle von allen Eingriffen freihalten.

2. Nachdem die Genehmigung der Reparationskommission zu Vorstehendem eingeholt ist, wären folgende Maßregeln zu ergreifen:

a) Ein internationales Finanzkonsortium wäre zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützungsaktion einzuladen.

b) Eine Devisenreserve in der erforderlichen Höhe wäre auf Basis des Goldes, das der Währungsstelle zur Verfügung steht, zu schaffen, gleichzeitig mit den Vorschüssen, die vom internationalen Konsortium von Zeit zu Zeit auf Basis geeigneter Sicherheiten einzuräumen wären.

c) Die Beseitigung aller Devisenverordnungen und die Wiederherstellung freien und ungehemmten Verkehrs in Devisen und ausländischen Wertpapieren.

3. Die Währungsstelle hätte Devisen bei Nachfrage (nach den Grundsätzen des Verkehrs mit Golddevisen) je nach der Marktlage gegen Papiermark zu festgesetzten Kursen zu kaufen und zu verkaufen, wobei der Briefkurs während der ersten Zeit nicht mehr als 5 Proz. über den Geldkurs liegen dürfte.

4. Der Reichsbankdiskontsatz müßte hinreichend hinaufgesetzt und teures Geld so lange aufrechterhalten werden, bis die Stabilisierung völlig gesichert ist; dagegen müßten in weitherziger Weise Handelswechsel diskontiert und Lombardvorschüsse gegen alle üblichen Sicherheiten für den legitimen Bedarf des Handels eingeräumt werden.

5. Um für ihre Devisenreserve einen möglichst hohen Betrag von den ungenutzten Devisen des deutschen Privatpublikums unter Bedingungen erhalten zu können, die das nötige Vertrauen schaffen, hätte

a) die Währungsstelle Goldschatzwechsel (in Gold rückzahlbar) mit Garantie der Reichsbank mit ein- bis zweijähriger Laufzeit zu einem angemessenen Zinssatz auszugeben, und zwar gegen Sorten, Devisen in Form von Auszahlung usw.,

b) die Währungsstelle würde Devisen Kassa kaufen und auf Termin wieder verkaufen mit den angemessenen Margen für die einzelnen Termine.

6. Da eine erweiterte Notenzirkulation für den geschäftlichen Bedarf des Landes erforderlich ist, sobald es zu normalen Bedingungen zurückkehrt, wären Noten soweit wie möglich auszugeben durch:

a) Diskontierung von Handelswechseln und Gewährung von Lombardkrediten an den Handel durch die Reichsbank und

b) Verkauf von Mark durch die Währungsstelle gegen Devisen; daneben auch, allerdings in so geringem Umfange wie möglich und höchstens während eines Zeitraumes von 6 Monaten, gegen weitere Reichsschatzanweisungen, die zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt in der Uebergangszeit ausgegeben werden müßten, bevor das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

R. H. Brand. Gustav Cassel. Jeremiaß W. Jenks. J. M. Keynes.

Ein zweites Sachverständigen-Urteil von Kamenka, Vissering und Dubois steht noch aus.

Dollar bis auf 9500!

An der Berliner Börse machte heute die Devisenhausse weitere Fortschritte. Er herrschte allgemein in bezug auf die Mark der größte Pessimismus. Der Dollar, der im Vormittagsverkehr zeitweise bis 8000 zurückgegangen war, erhöhte sich an der Börse bis auf 9500. Er stellte sich gegen Mittag auf 9100 bis 9300.

An den Effektenmärkten liegen wieder ungeheuer große Kauforders des in- und ausländischen Publikums vor. Diese erstreckten sich besonders auf Valutapapiere, deutsche und polnische Anleihen und oberschlesische Montanwerte. Die hiesige Spekulation ist nicht so optimistisch gestimmt wie das Publikum aus der Provinz und im Auslande. Sie sucht sich bei den heutigen hohen Kursen vom Geschäft zurückzuziehen und die bisher erzielten Gewinne in Sicherheit zu bringen. Mit besonderer Unruhe betrachtet die Börse die innerpolitische Lage, vor allem im Hinblick auf die Nachrichten aus Bayern.

Die Beratung der Antwort.

Das Reichskabinett nahm heute vormittag in einer kurzen Sitzung von den inzwischen überreichten Gutachten der ausländischen Finanzsachverständigen Kenntnis. Heute nachmittag 3 Uhr tritt die Regierung erneut zusammen, um sich über den Inhalt der von der Reparationskommission verlangten Vorschläge schlüssig zu werden. Vielleicht wird die deutsche Antwort mit konkreten Vorschlägen zur Stabilisierung der Mark noch heute, höchstwahrscheinlich aber erst morgen überreicht.

Aus Paris kommen inzwischen wieder pessimistische Meldungen, die u. a. besagen, daß die Reparationskommission von der Ueberreichung der deutschen Vorschläge erst nach Kenntnisnahme der Gutachten von den in Berlin weilenden Finanzsachverständigen, unangenehm berührt ist. Diese Zweckmeldungen sind genau so unbegründet, wie die Voraussagen über eine innerpolitische Krise in der kommenden Woche. Wir dürfen verraten, daß die vorherige Kenntnisnahme der Reichsregierung von dem Gutachten der Finanzsachverständgen jedenfalls nicht ohne Zustimmung maßgebender Mitglieder der Reparationskommission erfolgte.

Die Abreise der alliierten Delegierten erfolgt voraussichtlich nicht vor Freitag. Daß aber eine Abreise ohne endgültige Entscheidung in Berlin erfolgt, hat die Reparationskommission in ihrer letzten Antwort an die Reichsregierung selbst geäußert. Es ist deshalb sinnlos, an eine Abreise ohne Entscheidung ohne weiteres bereits heute pessimistische Erwartungen zu knüpfen.

Die Räumungsfristen.

Poincaré kennt den Friedensvertrag nicht.

Wenn die aus Paris vorliegenden Nachrichten über die gestrige Kammersitzung stimmen, so hat Ministerpräsident Poincaré den früheren Minister Loucheur in seiner Rede unterbrochen mit der Bemerkung, daß „die Besetzungsfristen für das Rheinland nicht eher zu laufen beginnen, bis der Friedensvertrag durchgeführt sei".

Zu dieser Auffassung schreiben die PPN. nach Erkundigung an zuständiger deutscher Stelle:

Diese Auffassung Poincarés ist vollkommen unhaltbar und steht im scharfen Widerspruch zum deutschen Standpunkt, der sich auf den Artikel 428 des Friedensvertrages von Versailles stützt. Danach sollen, um die Ausführungen des Friedensvertrages durch Deutschland sicherzustellen, die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe während bestimmter Fristen nach Inkrafttreten des Vertrages durch die Truppen der alliierten Mächte besetzt werden. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages ergibt sich aber ganz klar aus dem ersten Protokoll, das errichtet worden ist, nachdem der Vertrag durch Deutschland und drei der alliierten Hauptmächte ratifiziert worden war. Denn dieser Zeitpunkt gilt ausdrücklich als Ausgangspunkt des Inkrafttretens der Fristen bei deren Berechnung. Dieses Protokoll wurde am 10. Januar 1920 errichtet, damit trat der Friedensvertrag in Kraft und seitdem laufen die im Vertrage vorgesehenen Fristen, auch die für die Besetzung und entsprechende Räumung der Gebiete westlich des Rheins.

Selbst in einem Streit, den früher Poincaré und Tardieu ausgefochten haben, ist nicht bezweifelt worden, daß die Besetzungsfristen seit dem Januar 1920 laufen. Tardieu bestritt damals lediglich unter Hinweis auf Artikel 429 des Friedensvertrages, daß die Räumung der besetzten Gebiete wie vorgesehen nach 15 Jahren vollzogen werden könne, nachdem das Zustandekommen von Garantieverträgen zwischen Frankreich, England und Amerika gescheitert war und damit nach Tardieus Auffassung die im Friedensvertrag für Frankreich vorgesehene Sicherheit nicht gegeben worden sei.

Letzten Endes kommt der Standpunkt Frankreichs ausschlaggebend überhaupt nicht in Frage, denn nach dem Vertrage haben über die Frage der Besetzung, über das Laufen der Fristen und die nach 5 Jahren beginnende Räumung nicht Frankreich, sondern einzig und allein sämtliche vertragschließenden Mächte zu befinden.

Die bayerische Krise dauert an.

Der Nachfolgerposten Lerchenfelds ist nach wie vor umstritten. Gegen den von der Bayerischen Volkspartei vorgeschlagenen v. Knilling erheben die bayerischen Deutschnationalen (Mittelpartei) Widerspruch. Sie stützen sich auf ihre fascistischen Organisationen und verlangen stärkere Vertretung in der Regierung. Sie wollen auch das mit dem Ausscheiden der Demokraten unbesetzte Handelsministerium für sich mit Beschlag belegen. Knilling gilt als nicht genügend zuverlässig, da er früher gegen das System Poehner Stellung genommen hat. Inzwischen scheint die Agitation der bayrischen Fascisten ernstere Formen anzunehmen. Die heutige Morgenpresse spricht davon, daß die Hitlertrups umformiert und militärisch organisiert auftreten. Das „Tageblatt" verlangt

„ein unzweideutiges Abrücken der kommenden Regierung von den extremen Tendenzen, die sich parlamentarisch sowohl unter den Deutschnationalen oder der Mittelpartei, wie unter den um Herrn v. Seidlein gescharten Föderalisten der Bayerischen Volkspartei geltend machen und außerhalb des Landtages gegen ihn, unbehindert durch Volksgericht und Polizei in den gemeingefährlichen Aktionen der Nationalsozialisten auswirken."

Die Funktionäre unserer Partei haben in einer großen Funktionärversammlung Maßnahmen zur Abwehr der bayerischen Fascisten und zum Schutz der Arbeiterorganisationen beschlossen. Die ganze deutsche Arbeiterschaft wird die bayerischen Vorgänge genau beachten müssen und durch die alte Disziplin alle Hoffnungen irgendwelcher Provokateure zuschanden machen.

Deutschnationale Steuermoral.

Wir haben anläßlich der Beratung der Berliner Gewerbesteuer mehrmals auf die eigentümliche Inkonsequenz der bürgerlichen Parteien hingewiesen. Ihr Feldgeschrei: „Keine Ausgabe ohne Deckung" versagt merkwürdigerweise immer, wenn es für sie ans Zahlen gehen soll.

Ueber die Schlamperei, Unordnung und Mißwirtschaft des Berliner Magistrats ist in deutschnationalen Blättern täglich Furchtbares zu lesen. Er soll abtreten, weil er unfähig sei, Ordnung zu schaffen. Jetzt ist sogar etwas Entsetzliches passiert. Der Magistrat hat Maßnahmen ergriffen, um die schnellere Einhebung der Einkommen- und Gewerbesteuer sicherzustellen. Es sollen namentlich bei den hohen Beträgen der Einkommensteuer und Gewerbesteuer die Gebühren so hoch gesetzt werden, daß auch die Geldentwertung keinen ausreichenden Anreiz zur Steuerzurückhaltung mehr abgibt. — Die Festsetzung der neuen Beträge steht unmittelbar bevor. Wieweit sie rückwirken werden, ist noch Gegenstand der Verhandlung.

Darüber ist der „Tag" ganz und gar aus dem Häuschen geraten. Jetzt, da endlich mal Ordnung geschaffen und der Skandal beseitigt werden soll, daß jeder Beamte und Arbeiter seine Steuern praktisch beim Gehaltsempfang zahlt, während der Reiche mit seinen Steuern, die er nicht bezahlt, neue Riesengewinne macht. Nun ist es auch nicht recht. Nach dem „Tag" zahlen die Steuerzahler dieser oberen Schichten, auf die die Maßregel zugeschnitten ist, nur deswegen nicht, weil sie „von Steuern erdrückt" werden. Schließlich bleibt noch ein Trost für den deutschnationalen Geldbeutel — es gibt noch Richter in Preußen! Das Oberverwaltungsgericht soll helfen. Wir hoffen, daß der Magistrat sich nicht abhalten läßt, energische Maßnahmen zu treffen. Auch die Reichs- und Landesbehörden sollten daran gehen, die sofortige Zahlung fälliger Steuern durchzusetzen.

Bei den Stadtratswahlen in Sofia erhielt die Regierung über 7000 Stimmen — eine Zunahme von 6000 Stimmen gegenüber den vorangegangenen Wahlen. Die Stimmen für den bürgerlichen Block sowie für die Kommunisten haben stark abgenommen. Von den Sozialisten spricht die offiziöse Meldung nicht.

Ein Nachspiel zur Rathenau-„Geschichte".

Aus Erfurt wird uns geschrieben:

Anläßlich der Kundgebung für die Republik am Tage der Beerdigung Rathenaus war auf dem Landgerichtsgebäude in Erfurt die alte preußische Kriegs- und Dienstflagge auf Halbmast gehißt. Die Demonstranten, die sich dadurch provoziert fühlten, verlangten die Einziehung der Flagge, die schließlich auch erfolgte. Der Schriftleiter unseres Erfurter Parteiblattes „Tribüne", Genosse Kreutzer, nannte in einem Artikel das Hissen der Flagge eine schamlose Provokation durch die Justizbehörde. Er erhielt deswegen eine Anklage wegen Beleidigung der für das Hissen verantwortlichen Vorstandsbeamten des Landgerichts, des Landgerichtspräsidenten Westermann und Oberstaatsanwalts Dr. Eick. Am Montag hatte sich Genosse Kreutzer vor der Erfurter Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung war bezeichnend für das Walten unserer „republikanischen" Justiz. Der als Zeuge geladene Landgerichtspräsident Westermann, der auf die Frage des Verteidigers, Genossen Dr. Levi, ob er Monarchist oder Republikaner sei, die Antwort verweigerte, sprach von der Ermordung Rathenaus und ihren Folgen, als von der Rathenau-„Geschichte". Er bezeichnete die Demonstration für die Republik, an der 40 000 Personen teilnahmen, als „irgendeine Demonstration", von der er nichts gewußt habe. Dieser „republikanische" Beamte hält weiter die Regierungsverfügung vom Januar d. J., nach der die alte Dienstflagge nicht mehr verwandt werden soll, nicht für bindend, weil er einen Unterschied zwischen „Soll"- und „Muß"verfügungen macht. Er mußte weiter zugeben, daß er trotz telegraphischer Regierungsverfügung, neue Flaggen zu beschaffen, dazu keinen Versuch gemacht hat. Trotz alledem blieb das Gericht dabei, daß dieser Beamte, der sich vom Verteidiger sagen lassen mußte, daß ein Landgerichtspräsident, der dem Staat mit der nötigen Treue diene, anderer Auffassung sein müsse, nicht provozieren wollte. Genosse Kreutzer wurde „wegen übler Nachrede" zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt.

Von solchen „republikanischen" Beamten wimmelt es ganz besonders in den Justizverwaltungen Deutschlands. Was wäre wohl mit einem Beamten in der „kaiserlichen" Zeit geschehen, wenn er sich um die Antwort auf die Frage „ob er Monarchist sei", herumgedrückt hätte? Das Gehalt streichen diese Herrschaften jedoch jetzt sehr gern von der Republik ein. Justizreform und Säuberung der Justizverwaltung tun dringend not.

Die polnischen Wahlen.

Warschau, 8. November. (TU.) Nach den bisher bekanntgewordenen Wahlergebnissen erhielten der Rechtsblock 92 Mandate, die Linksparteien 105 Mandate, und zwar die linksbäuerliche Witos-Partei 17, polnische Sozialisten 20, Wyzwolenie (Bauern) 25, Kommunisten 2, Minderheitenblock 23, jüdische Parteien 4, Nationale Arbeiterpartei 10, Radikale Bauernpartei 4. Das sind die Resultate aus 35 Wahlkreisen. Es stehen noch 29 aus, und zwar 4 in Kongreßpolen, 4 in Posen, 7 von 8 in Westgalizien, 5 von 7 Wahlkreisen in Ostgalizien, alle 7 Wahlkreise der östlichen Grenzgebiete, und die beiden Wilnaer Wahlkreise. Somit ist es durchaus verfrüht, von einem Sieg der Rechten zu sprechen. Gerade die noch fehlenden Kreise werden der Rechten weniger Stimmen bringen. Es sind durchweg Gebiete, in denen die Bauernparteien, der Minderheitenblock und die Demokraten sich in die noch fehlenden Mandate teilen werden. Der Rechtsblock kann jedoch nach der bestehenden Wahlordnung noch auf etwa drei Viertel der 72 Reichslistenmandate rechnen. Bisher ist der Rechtsblock die stärkste Partei, aber da die Mittelparteien vollkommen ausfallen, dürfte das Linkslager erheblich stärker sein. Die offiziellen Resultate sind erst am Sonnabend zu erwarten.

Der Frank stürzt und England zahlt.

Paris, 8. November. (EP.) Der gestrige Rekord-Frank-Kurs wird nach dem „Echo de Paris" dem Ankauf von 300 000 Pfund Sterling und dem Abstoß von Franknoten aus amerikanischem Besitz in London zugeschrieben.

Paris, 8. November. (EP.) „Daily Mail" teilt mit, daß England am 15. November einen weiteren Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling an Amerika als Abzahlung der englischen Kriegsschuld bezahlen wird.

Konzert-Notizen.

Von Kurt Singer.

Russen: Ständige Rubrik aller Konzertübersichten. Doch nicht gerade abwechslungsreich. Nichts verblaßt so schnell, wie eine gangbare, sangbare Melodie (siehe Tschaikowsky), nichts wird so bald durchschaut und abgelehnt wie die Apartheit, das Bewußt-Originelle, selbst im Genialischen. Daran kranken Gelegenheitsarbeiten, unter den Auspizien der Führerschaft entworfene Stücke Scriabines, Strawinskys, Mussorgskys oft genug. Strawinskys „Feuervogel" ist ein recht äußerliches Gebilde, ein Kitschee, eine moderne Formel mit viel Bewegung, Schmiß, Tanzkoketterie. Das Thema heißt: Ballett; wo es dem Auge fehlt, werden die gedanklichen Schüchternheiten bedrohlich. Zum Tanz gespielt werden sich zwei aufeinander eingestellte Reize begegnen und Beifall auslosen. Mussorgskys „Lieder des Todes" sind eine einzige Kette von Düsterkeiten. Der eigentliche Titel heißt „Lieder und Tänze des Todes"; das Elegische macht sich so breit, daß die kleinen marschartigen Episoden, die den schleppenden Gang unterbrechen, kaum bemerkt werden. Klanglich sind besonders im Wiegenlied und im Ständchen unvergleichbare Schönheiten, ganz ekstatelloses Insichgekehrtsein und väterliches Beruhigen strömt aus den Instrumenten und aus der Solostimme. Kipnis singt das mit fülligem, weichem Baß, ohne die Monotonie durch besondere Menschlichkeiten der Darstellung ganz zu bannen. Das gleiche gilt von seinem Mozart-Gesang, der noch mehr Herz verträgt.

Orchester: Die Philharmoniker scheinen sich jetzt über Wasser zu halten. Wie lange? Die Dollarflut steigt uns allen an die Kehle. Dabei ist schlecht singen und spielen. Das „Berliner Sinfonie-(früher Blüthner-) Orchester" hat keine kleineren Sorgen als die ältere Schwester. Es trägt es in stiller Entbehrung. Dazu soll die Oeffentlichkeit nicht schweigen, besonders einer Künstlergemeinschaft gegenüber, die so gute Entwicklung durchmacht. Es gab zudem keine politische oder kommunale Feier, kein den Arbeitern zugängiges Musikfest kleineren Stils, in dem nicht das Blüthner-Orchester zur Stelle war; nicht allein in Berlin, auch der Weg nach Neukölln, Wilmersdorf, Lichtenberg, Schöneberg und weiteren Vororten war Künstlern und Instrumenten nie zu lang. Auch der Weg, den ihre Bitte um Unterstützung bis zum Herzen der Stadtväter geht, darf nicht zu lang sein. Nur die Kleinigkeit sei des Beispiels halber erwähnt: dem Musiker, dem heute eine Saite reißt, geht bei der Neuanschaffung ein Tageslohn verloren.

Kapellmeister. Meister? Furtwängler ist's, nachdem er den Kontakt mit Publikum und Orchester gefunden hat. Bei den scharf herausgemeißelten, in einer riesenhaft auswuchtenden Fuge endenden Beethoven-Variationen Regers zeigte er es wie noch selten. Dem schwerblütigen Werk flogen die Herzen zu. Brecher bleibt ein Problem. Scharfer Geist und überlegener Blick dirigieren eine gar zu schmiegsame, in weichen Gelenken unbestimmt bewegte Hand. Letzte Präzision bleibt aus, sehr delikat glättet er Widersprüche, ist Freund der Schwebungen, Feind der rhythmischen Schläge und Eckigkeiten. Daher die Liebe zu den Russen modernster Schule-rung. Wie er d'Albert zum Brahmsschen B-Dur-Konzert begleitet, bleibt rühmenswert. Dieses geniale Temperament tobt sich vulkanisch aus, hämmernd, peitschend, auffahrend, pantherhaft zupackend. Willkür und Fehler stören nicht den Eindruck eines glühend unbeherrschten, fanatisch hingebungsvollen Draufgängers von höchster Begnadung. Eine Erklärung dafür gibt es nicht. Es ist das Unwägbare, Unmeßbare der Persönlichkeit. Mit anderen Maßen gemessen: Edmund Meisel lernt an sich, schwingt sich an seiner eigenen Routine und Begabung langsam und sicher hoch. Er scheut keine neue Aufgabe, und das Werk beginnt ihn lieb zu haben. Neue Werke betreut er behutsam, nicht immer mit geschmackvollster Wahl, korrekt und zuverlässig. Die drei Orchesterstücke von Rechnitzer-Möller sind blaß und unpersönlich. Sie rettet kein Dirigiergenie. Er bedarf eines Vorwurfs, Oper, Singspiel oder Ballett, um in alten Gleisen tüchtige, weniger interessante als dankbare Musik zu schreiben. Tiefere Werte vermittelt Paul Ertel in den „Liedern der Nacht" (auf Texte Wengers). Hier ist ein Hauch Mahlerscher Orchesterkunst aufgefangen, verarbeitet, neu gestaltet. Mehr zarte Stimmung und dionysischer Aufschwung hält zwischen Wagner und dem Impressionismus, und ein wirklicher Kenner schenkt den Liedern Leben vom Herzblut her.

Sänger: Kipnis wurde genannt: eine beste Kraft unter den Jüngeren. Hutt ist ein schneller Absager, Rosa Walter eine eminent musikalische Einspringerin. Man merkt ihr nicht an, daß sie die Ertelschen Gesänge 24 Stunden vor dem öffentlichen, frei ausstrahlenden Vortrag noch nicht gekannt hat. Maria Ekeblad singt Schönbergs zahme Lieder op. 2, die wir kannten, zum angeblich ersten Male. Die Poesie ihres Gesanges würde eindringlicher, wenn sie besser spräche. Mit Trapps schwungvollen, klavieristisch dominierenden Liedern erntete sie großen Beifall: starkes Nachempfinden siegte über eine nicht mehr ganz stabile, immer noch glanzvolle Stimme.

Strindberg-Abend im Renaissance-Theater. Der Lessingschen „Miß Sarah Sampson", mit der die kleine neue Bühne eröffnet wurde, folgten zwei Strindbergsche Einakter unter Emil Geyers Regie. Den ersten, „Das Band", sah man vor langen Jahren zum erstenmal in einer trefflichen Aufführung des damals noch von Reinhardt geleiteten Kleinen Theaters. Das allgemeine Strindberg-Thema: Der Streit der zum engsten Zusammenleben ehelich verbundenen Geschlechter, in dem der Dichter als leidenschaftlicher Ankläger des (nach seiner Ueberzeugung) geistig und intellektuell ganz inferioren Weibes Partei ergreift, wird hier im Rahmen einer Gerichtsverhandlung vorgebracht. Der Mann und Vater hat (nach schwedischem Rechte) auf Trennung von Tisch und Bett geklagt. Um jeden Preis will er vermeiden, daß der Schmutz der häuslichen Verhältnisse öffentlich zur Sprache kommt. Für das Versprechen seiner Frau, davon zu schweigen, ist er sogar bereit, ihr das Erziehungsrecht am Kinde abzutreten. Aber schon bei den ersten Fragen des Richters hat sie ihr Wort vergessen. Zügellos schreit die Schuldige ihre entstellenden Anklagen hinaus und zwingt den Gatten selbst zum Angriff. Der ganze dunkle Abgrund tut sich auf, und das von ihnen beiden abgöttisch geliebte Kind wird ihnen durch Entscheid der Schöffen abgesprochen. Der letzte Stern der Hoffnung, der ihnen leuchtete, erlischt. Zur Anklage gegen die Frau gesellt sich die gegen die grobe Unzulänglichkeit des Rechtes und der Richter, die nach läppischen Formeln das Unheil nur vergrößern. Die Darstellung durch Hans Marr und Ida Wüst spiegelte den Komplex der Gegensätze, um die es dem Dichter zu tun ist, die beherrschte Ueberlegenheit des Mannes und die pathologisch blind von dem momentanen Wechsel der Impulse hin und her geworfene Wesensart der Gattin in plastisch eindrucksvoller Weise wieder.

Viel schwächer wirkte das zweite, hier in Berlin noch nicht gegebene Dramolett „Vor dem Tode", in das ein Motiv des Strindbergschen „Scheiterhaufens" hineinklingt. Eine naturalistische Studie, doch von nur geringer innerer Belebtheit. Marr hatte (was ihm nicht besonders lag) einen Alten, einen Witwer und Märtyrervater, zu spielen, den nach dem Tode seiner Frau die ihr wesensverwandten drei Töchter peinigen. Seine Armut gilt in ihren Augen als Verbrechen. Um ihnen Geld zu schaffen, steckt der Arme sein mit ein paar hundert Frank versichertes Häuschen an und nimmt dann Gift. Dem immer wiederholten Heulen des Föhn hätte man diskretere Gedämpftheit wünschen mögen. dt.

Weibliche Richter im Freistaat Danzig. Nach seiner Erklärung zum Freistaat erhielt Danzig eine neue Verfassung, die Männern und Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zuwies und überdies ausdrücklich aussprach, daß alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen zu allen öffentlichen Aemtern entsprechend ihrer Befähigung zuzulassen seien. Auf Grund dieser beiden Gesetzesartikel hat die Danziger Volksvertretung mit Zweidrittelmehrheit den Beschluß gefaßt, daß das Richteramt in Zukunft auch Frauen mit gehöriger Vorbildung zugänglich sein soll. Bei der Abstimmung sprachen sich nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Zentrumsabgeordneten für die Zulassung aus. Praktische Bedeutung dürfte dieser Beschluß allerdings zunächst deshalb nicht erlangen, weil bis jetzt kein einziger deutscher Staat Frauen zur zweiten juristischen Prüfung zuläßt.

Das Jubiläum des Deutschen Opernhauses. Dem Ernst der Zeit entsprechend feierte das Deutsche Opernhaus nur mit einer würdigen Festvorstellung von Beethovens „Fidelio" seinen zehnten Geburtstag. Ungezählte Telegramme und Briefe aus allen der Charlottenburger Oper nahestehenden Kreisen liefen tagsüber bei dem Intendanten Georg Hartmann ein.

Die Gerhart Hauptmann-Festspiel-Gesellschaft veranstaltet am 15. November im Großen Schauspielhaus eine Festaufführung des „Florian Geyer" mit Eugen Klöpfer in der Titelrolle. Gerhart Hauptmann wird dieser Vorstellung beiwohnen. Am Schlusse der Vorstellung wird Reichsminister Dr. Köster eine Ansprache halten.

Vertrauensmänner für Bodenaltertümer. Der preußische Kultusminister hat auf Grund des Ausgrabungsgesetzes für Berlin und die Provinz Brandenburg Vertrauensmänner für kultur- und naturgeschichtliche Bodenaltertümer berufen. Es wurden für die Provinz Brandenburg ernannt: für kulturgeschichtliche Bodenaltertümer Prof. Götze in Berlin, zu seinem Vertreter Dr. Bestehorn, zum Vertrauensmann für naturgeschichtliche Bodenaltertümer Prof. Wetekamp, zu seinem Vertreter Dr. Kloie. Für die Stadtgemeinde Berlin wurden berufen: Für kulturgeschichtliche Bodenaltertümer Dr. Albert Kiekebusch, zu seinem Vertreter Dr. Hans Philipp, für naturgeschichtliche Bodenaltertümer Dr. Hilsheimer und zu dessen Vertreter Dr. Oskar Heinroth.

Zuspitzung der Orientfrage.

Die neuesten Meldungen aus Konstantinopel weisen darauf hin, daß in der Orientfrage eine recht bedrohliche Verschärfung eingetreten ist. Die Vertreter der Angora-Regierung treten in Konstantinopel immer selbstherrlicher auf, stoßen aber hierbei auf den Widerstand der Alliierten, vor allen Dingen Englands, das sich der Person des Sultans versichert hat, um einen Druck auf die Angora-Regierung auszuüben. Nach übereinstimmenden Meldungen hat der Sultan die Beschlüsse der türkischen Nationalversammlung, die seine Absetzung aussprachen, nicht anerkannt und sich an Bord eines englischen Kriegsschiffes begeben. Gleichzeitig erklärt der Großwesir Tewfik Pascha in seiner letzten Note an die Regierung von Angora, daß die Regierung von Konstantinopel nicht auf ihr Recht zur Vertretung in Lausanne verzichten werde. Gleichzeilig spreche er den Wunsch aus, mit Angora in Frieden zu leben. Ueber die Lage in Konstantinopel unterrichtet folgendes Telegramm:

Paris, 8. November. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" in Konstantinopel meldet, Pera liege düster und schweigsam da. Die christliche und mohammedanische Bevölkerung und die ausländischen Körperschaften sähen den Ereignissen mit großer Sorge entgegen. Der Außenminister von Angora, Ismet Pascha, werde noch heute zu den alliierten Oberkommissaren berufen werden, die ihm ein Ultimatum übergeben würden. Dies Ultimatum erinnere die Türken daran, daß der Wortlaut des Waffenstillstandes beachtet werden müsse, und warne Angora vor dem Versuche, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Weitere Meldungen aus Konstantinopel besagen, daß die anormale Lage und die Ereignisse der letzten Tage eine Finanz- und Handelskrise zur Folge gehabt haben. Die Börse ist geschlossen. Das türkische Geld ist im Werte gefallen. Die Hausse der fremden Devisen nimmt zu. Die sofortige Anwendung der Zolltarife, die in Anatolien in Kraft sind, und die die bisherigen Zollsätze auf das Fünffache erhöhen, haben den Markt vollständig aufgewühlt. Die Preise für Brot und die für das Leben notwendigsten Dinge sind um das Doppelte in die Höhe gegangen. Die neue Angora-türkische Verwaltung scheint alles darauf anzulegen, die Autorität der Alliierten in jeder Hinsicht zu untergraben und die Kontrolle, die sie über die Stadt ausüben, zu schwächen. Alle diese Vorgänge haben naturgemäß die Nervosität der englischen Regierungskreise außerordentlich verstärkt. Gestern abend fand in London ein eiligst zusammenberufener Ministerrat statt, an dem der Kriegsminister, der Premierminister, der Außenminister Lord Curzon und der Herzog von Devonshire teilnahmen. Es wurden die neuen Ereignisse im nahen Osten besprochen. Die Lage wird als sehr ernst, aber nicht als gefahrdrohend betrachtet. Es wurden Maßregeln vorbereitet die bei einer weiteren Verschärfung getroffen werden sollen. Ferner wurde beschlossen, daß eine Aktion nur nach Besprechung mit den übrigen Alliierten erfolgen könne.

Schon vorgestern übersandte Poincaré dem Kabinett in London eine lange Note, worin er den Wunsch ausdrückte, daß sowohl in der Orient- als auch in der Reparationsfrage eine enge Zusammenarbeit Frankreichs und Englands Platz greifen möge. Dem „Echo de Paris" zufolge forderte Poincaré bezüglich der Reparationen unter anderen Maßnahmen die Ergreifung produktiver Pfänder zugunsten der Alliierten. Man geht wohl nicht fehl, in der gestern abend gehaltenen Rede Bonar Laws eine Antwort auf die Anregung Poincarés zu sehen. In dieser Rede erklärte der englische Ministerpräsident, nach seiner Ansicht liege der Schwerpunkt der Orientfrage nicht in Konstantinopel, sondern in Rom, Paris und London. Die Richtlinie seiner Politik sei, daß England in Uebereinstimmung mit den Alliierten auftreten müsse, sonst werde in Europa ein völliges Chaos entstehen.

Die Wahlen in Amerika.

Bei der Neuwahl des Repräsentantenhauses und der Drittelerneuerung des Senats verzeichnen die Demokraten Anfangserfolge. Sollte die bisherige Minderheit im ganzen siegen, so könnten der neuerdings angedeuteten Absicht Präsident Hardings, doch einmal dem verfahrenen europäischen Karren wieder ins Gleis zu helfen, vielleicht Schwierigkeiten entstehen; denn zwischen einer demokratischen Parlamentsmehrheit und einem Präsidenten der von der Partei der Republikaner auf den Schild erhoben worden ist, wäre ein glattes Zusammenarbeiten weniger wahrscheinlich. Wir lassen einige Situationsbilder folgen.

New York, 8. November. (WTB.) Der Demokrat Smith wurde zum Gouverneur des Staates New York gewählt. Er hat also den republikanischen Gouverneur Miller geschlagen.

Paris, 8. November. (EE.) Der Chicago Tribune" zufolge haben die Demokraten 12 Sitze im Repräsentantenhaus erobert; eine demokratische Mehrheit im Repräsentantenhause sei nicht ausgeschlossen. Auch in Chicago scheinen die Demokraten in der Mehrheit zu sein. Im ganzen scheinen die Republikaner im Senat 5—6 Sitze verloren zu haben. Den Ausgang der Wahlen schreibt man besonders dem Verhalten der Frauen zu, die demokratisch stimmten, besonders weil sie durch das neue Zolltarifgesetz eine Erhöhung der Lebensmittelpreise befürchten. Die bekannten Senatoren Lodge und Cox (Rep.) sind wiedergewählt.

Devisenkurse.

	8. November		7. November	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	3551.10	3568.90	3291.75	3308.25
1 argentinischer Papier-Peso	3241.87	3258.13	3032.40	3017.50
1 belgischer Frank	513.71	516.29	508.72	511.28
1 norwegische Krone	1715.70	1724.30	2204.77	2215.53
1 dänische Krone	1825.42	1834.58	1655.85	1664.15
1 schwedische Krone	2438.88	2451.12	1496.25	1505.75
1 finnische Mark	—	—	219.45	220.55
1 japanischer Yen	4389.—	4411.—	4014.93	4035.07
1 italienische Lire	384.03	385.97	344.13	345.37
1 Pfund Sterling	40898.75	40601.25	37406.25	37593.75
1 Dollar	9127.12	9172.88	8428.87	8471.13
1 französischer Frank	553.61	556.39	558.60	561.40
1 brasilianischer Milreis	1042.38	1047.62	947.62	952.38
1 Schweizer Frank	1675.80	1684.20	1551.11	1558.89
1 spanischer Peseta	1381.57	1388.47	1256.85	1263.15
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	11.87	11.83
1 tschechische Krone	—	—	274.31	275.69
1 ungarische Krone	—	—	8.59	8.61
1 bulgarischer Lewa	—	—	58.85	59.15
1 jugoslawischer Dinar	—	—	134.66	135.34

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr und vom 1. Dezember 1922 bzw. 1. Januar 1923 an im Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind nach amtlicher Mitteilung folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 3 M., für Postkarten im Fernverkehr 6 M.

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 M., über 20—100 Gramm 8 M., über 100—250 Gramm 12 M.

Für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 M., über 20—100 Gramm 16 M., über 100—250 Gramm 20 M.

Für Drucksachen bis 25 Gramm 2 M., über 25—50 Gramm 3 M., über 50—100 Gramm 6 M., über 100—250 Gramm 12 M., über 250—500 Gramm 16 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 M.; für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 2 M.; für Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 12 M.

Für Pakete gelten folgende Tarife:

	Nahzone	Fernzone		Nahzone	Fernzone
bis 5 Kgr.	60 M.	120 M.	über 12 bis 13 Kg.	192 M.	384 M.
über 5 bis 6 Kg.	72 „	144 „	„ 13 „ 14 „	216 „	432 „
„ 6 „ 7 „	84 „	168 „	„ 14 „ 15 „	240 „	480 „
„ 7 „ 8 „	96 „	192 „	„ 15 „ 16 „	264 „	528 „
„ 8 „ 9 „	108 „	216 „	„ 16 „ 17 „	288 „	576 „
„ 9 „ 10 „	120 „	240 „	„ 17 „ 18 „	312 „	624 „
„ 10 „ 11 „	144 „	288 „	„ 18 „ 19 „	336 „	672 „
„ 11 „ 12 „	168 „	336 „	„ 19 „ 20 „	360 „	720 „

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren

für Ferntelegramme Grundgebühr . . . . 20 M.
und außerdem für jedes Wort . . . . . 10 „
„ Ortstelegramme Grundgebühr . . . . 10 „
und außerdem für jedes Wort . . . . . 5 „
„ Zustellung bei ungenügender Anschrift . . 16 „

Die Fernsprechgebühren betragen ab 1. Dezember für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle aus 3,50 M. Für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Dezember 1922 an zu zahlen: Für ein Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer

bei einer Entfernung bis 5 Kilometer einschließlich	3,50 M.
von mehr als 5 bis 15 Kilometer einschließlich	10,50 „
„ „ „ 15 bis 25 „ „	17,50 „
„ „ „ 25 bis 50 „ „	28,— „
„ „ „ 50 bis 100 „ „	42,— „
über 100 Kilometer für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer mehr	21,— „

Wie gehetzt wird.

Hat da einer in einem Ring- und Stadtbahnwagen am Sonntag an die Wand geschrieben:

Die Gesetze zum Schutz der Republik führen dazu, daß wir uns nicht bekleiden können und hungern müssen.

Gegenüber sitzt ein Ehepaar, das dieser schuftigen Hetzlüge laut zustimmt. Ein Mann mit einer Säge — Tischler oder wahrscheinlicher Holzeigner — fällt gleichgestimmt ein und fügt hinzu: „Bald geht's los — hätten wir bloß nicht die Waffen abgeliefert!"

In einem Privathaus im Westen fährt die Portierfrau einen „Herrn" hinauf. Da sie sich schüttelt, fragt er nach dem Grunde. Ihr ist kalt. Seine Antwort: „Ja, an diesen elenden Zuständen ist nur schuld, daß wir die Waffen abgegeben haben."

Unklar bleibt nur, ob diese Leute den Waffenstillstand meinen, also lieber die französische Okkupation gehabt hätten oder ob sie von dem Kaliber: „Gestern Lenin — heute Knüppel-Kuntze" sind. Die Vernünftigen hören schweigend zu. Mögen sie bereit sein zur Abwehr.

Ein andermal konnte man in einem Abteil der Stadtbahn folgenden sinnreichen (!) antisemitischen Anwurf lesen: „Die Stunde der Rache naht bald! Schlagt die Juden tot! Veranstaltet Judenhetze — wie in Rußland Pogrome! Dieses Otterngezücht! Ein Volksgericht wird hereinbrechen, schlimmer und furchtbarer wie das Revolutionstribunal eines Dante, Marat und Robespierre! Ein Verrückter."

Es sollte doch bei einiger Aufmerksamkeit möglich sein, derartige Schmieranten auf frischer Tat zu ertappen.

Der Einmann-Straßenbahnwagen.

Günstige Erfahrungen.

Die Berliner Straßenbahn hat, wie seinerzeit berichtet, Ende Juni d. J. auf der wenig benutzten Straßenbahnlinie 85, Bahnhof Friedrichshagen—Wasserwerke Müggelsee, zur Hebung der Wirtschaftlichkeit einen Versuch mit dem Einmannwagen gemacht, auf dem die Tätigkeit des Fahrers und des Schaffners von einem Angestellten ausgeübt wird. Wie wir einem Bericht der Straßenbahn an das Verkehrsamt entnehmen, sind sowohl die betriebstechnischen wie die wirtschaftlichen Ergebnisse des Einmannsystems günstig zu nennen. Durch den Wegfall des Schaffners konnten 19 Proz. der Selbstkosten erspart werden. An Werktagen hat sich der Betrieb und die Abfertigung reibungslos abgewickelt; auch an Sonntagen mit schlechtem Wetter und geringerem Verkehr sind mit dem Einmannwagen dieselben günstigen Erfahrungen gemacht worden. Die Fahrgäste haben sich rasch daran gewöhnt. Allerdings konnte bisher ein Ueberschuß nicht erzielt, wohl aber der Zuschuß erheblich herabgedrückt werden. Die Einführung des schaffnerlosen Triebwagens wird daher von der Straßenbahn auf verkehrsschwachen Linien zur Verminderung der Betriebszuschüsse empfohlen. Sobald weitere Einmannwagen hergestellt sind, sollen auch andere Strecken, die für dieses System geeignet sind, mit solchen Wagen ausgerüstet werden.

Profitable Müllabfuhr.

Nach einer Bekanntmachung der Müllabfuhr-A.-G. in Nr. 5 des „Grundeigentums" wird von der Aktiengesellschaft beabsichtigt, die seinerzeit vom Magistrat festgesetzten Höchstzuschläge von 400 Proz. für Müllabfuhr in Form von Gebühren auf die Grundmiete des einzelnen Hauses voll umzulegen. Zu diesem Zwecke verlangt sie von den Hausbesitzern die Meldung der Grundmiete der Häuser. Da die Meldungen aber sehr spärlich eingehen und auch wohl nicht immer richtig sind, hat sich die Gesellschaft hinter den Oberbürgermeister gesteckt, der nun den Hauptsteuerdirektor um dahingehende Verfügung veranlaßt hat. Die Hauptsteuerverwaltung hat nun eine Aufforderung an die Bezirksämter 1 bis 6 erlassen, wonach diese der privaten Müllabfuhrgesellschaft einen Häusernachweis mit der Grundmiete von 1914 anzufertigen haben. Diese Arbeit soll nicht während der Bureauzeit, sondern nach Feierabend ausgeführt werden. Sachliche und persönliche Kosten übernimmt die Müllabfuhr-A.-G. Dieses Vorgehen des Magistrats, einer privaten Gesellschaft amtliches Material für ihre Erwerbszwecke zur Verfügung zu stellen, ist vollkommen ungesetzlich. Unverständlich ist weiter, wie der Oberbürgermeister dieses vollkommen ungesetzliche Vorgehen der Müllabfuhrgesellschaft über die Erhebung der Zuschläge unterstützen kann. Die Müllabfuhr kann in den Bezirken 1 bis 6 nicht in Form von Gebühren umgelegt werden, sondern ist nur nach der tatsächlichen Sachleistung in Höhe bis zu 400 Proz. der Grundmiete umzulegen. Nach den Absichten der Müllabfuhrgesellschaft würden die einzelnen Häuser die Müllrechnung nicht nach der Zahl der abgeholten Kästen zu zahlen haben, sondern einfach 400 Proz. der nun gemeldeten Grundmiete von 1914. Die dadurch von fast allen Häusern erzielten gewaltigen Mehreinnahmen, die die wirklichen Kosten, die an den Typenhäusern errechnet, 200 Proz. ausmachen, weit übersteigen, kommen nicht der Allgemeinheit zugute, sondern fließen in die Taschen der Müllabfuhrgesellschaft, die sich auf diese vollkommen ungesetzliche Art und Weise ein größeres Gründungskapital verschaffen würde. Es kann nur jedem Mieter empfohlen werden, die Bezahlung dieser so zustande gekommenen Rechnung für Müllabfuhr abzulehnen. Im übrigen werden sich die zuständigen Instanzen mit dem Vorgehen der Müllabfuhrgesellschaft und auch mit der eigenartigen Unterstützung durch den Magistrat zu befassen haben.

Kindesmord? Auf dem Bahnhof Lichterfelde wurde in einem Abteil eines Vorortzuges ein Karton zurückgelassen. Als Beamte, die ihn fanden, ihn zur Feststellung seines Inhalts öffneten, entdeckten sie darin die Leiche eines neugeborenen Kindes, das allem Anscheine nach gewaltsam getötet worden ist. Die kleine Leiche, die in eine Ausgabe der „Morgenpost" eingeschlagen war, wurde beschlagnahmt.

Einen schweren Reinfall erlitt vor kurzem ein rumänischer Taschendieb in einer Wirtschaft der Friedrichstadt. Als er dort unter den Gästen Musterung hielt, fiel ihm auf der Weste eines Mannes eine schwere goldene Uhrkette auf. An diesen Gast machte er sich, wie er dachte, unauffällig und unverdächtig heran und knöpfte ihm die Kette mitsamt der Uhr ab. Der Gast schien auch nichts zu merken. Als jedoch der Dieb mit seiner „Arbeit" fertig war, sprang er plötzlich auf, packte ihn am Kragen und wies sich als Kriminalbeamter aus. Es war ein Beamter des Sonderdezernats für Taschendiebe, der sich eigens zum Einfang von Spezialisten mit einer schweren Talmikette und Uhr ausgerüstet hatte.

Admirals-Palast. Der Umbau des Admirals-Palastes ist nunmehr beendet. Mit dem heutigen Tage haben die Bauhandwerker die Räume verlassen und jetzt schwingen die Reinemachefrauen das Zepter. Nach monatelanger ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit haben die weiten Räume des umfangreichen Umbaues ein ganz verändertes Aussehen erhalten. Nur die Grundmauern sind stehengeblieben, alles andere ist neu geschaffen und zwar mit einem Kostenaufwand von weit über 200 Mill. Mark.

Freie Schwimmer, Neukölln. Der Kinder-Uebungsabend am 9. November fällt der Revolutionsfeier wegen aus.

Der Riesenschieberprozeß in Köln.

Ablehnung des Gerichts durch die Verteidigung.

Den Auftakt zu dem großen Kölner Prozeß, bei dem es sich, wie wir berichteten, um einen angeblichen Betrug gegen das Monopolamt um viele hundert Millionen, um Kapitalflucht und Verstoß gegen eine Reihe wirtschaftlicher Strafgesetze handelt, bildete ein aufsehenerregender Vorstoß der Verteidigung gegen den Vorsitzenden der Strafkammer, Landgerichtsdirektor Buhe und einige Beisitzer, die sie glaubt wegen Befangenheit ablehnen zu müssen. Landgerichtsdirektor Buhe ist durch eine Anzahl großer Strafprozesse, u. a. den Prozeß um das englische Militärtuch der Sipo sowie durch die Smeets-Prozesse in weitesten Kreisen bekannt geworden und gilt als ein sehr „scharfer" Richter. Nachdem die Verteidiger die Anträge begründet hatten, wurde der Prozeß auf heute vertagt.

Zum bereits gemeldeten Untergang zweier Hamburger Dampfer wird weiter mitgeteilt, daß bei Tönny ein unbemanntes Rettungsboot des Dampfers „Hermann Sauber" angetrieben wurde. Von der Mannschaft fehlt jede Spur. Wenn auch die Möglichkeit besteht, daß andere Schiffe Leute der 29 Mann starken Besatzung aufgenommen haben, so muß doch mit dem Tod der Besatzung gerechnet werden. Am Mittwoch ist der zweite Dampfer „Herbert Sauber" nach Hamburg abgefahren. Dieser Dampfer ist nach einer Meldung aus Grimsby bei der Doggerbank untergegangen. Der Schiffskoch wurde gerettet und nach Grimsby gebracht. Nach seiner Aussage sind die übrigen 24 Mann der Besatzung ertrunken.

Ein gemeinsames französisch-deutsches Grabmal auf dem Hartmannsweilerkopf. Nachdem kürzlich der Bergfriedhof auf dem Hartmannsweilerkopf, auf dem sich Tausende französischer und deutscher Kriegergräber befinden, feierlich durch den katholischen Bischof von Straßburg und den entsprechenden evangelischen und israelitischen Geistlichen eingeweiht worden ist, wird nunmehr auf dem Gipfel des Hartmannsweilerkopfes eine Krypta gebaut, in der die Gebeine aller unbekannten Soldaten eine Ruhestätte finden sollen.

Bereits 63 Leichen aus dem Bergwerksunglück geborgen. Von den Opfern der Bergwerkskatastrophe in Pittsburg in Pennsylvanien sind bisher 63 Leichen geborgen worden. 32 Verwundete wurden ins Krankenhaus gebracht, 13 Bergleute werden noch vermißt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, am Tage ziemlich mild, jedoch überwiegend bewölkt und etwas nebelig bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

74. Abt. Zehlendorf. Infolge Verstümmlung des Namens unseres Festredners in der Ankündigung des Bezirksverbandes weisen wir darauf hin, daß am Donnerstag abend Stadtrat Genosse Fritz Matern die Festrede hält.

13. Kreis, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Die mit dem Verkauf der Karten für die Revolutionsfeier, Festsaal des Gymnasiums, Mariendorf, Kaiserstr. 21, betrauten Genossen werden dringend gebeten, die Karten am Donnerstag nachmittag von 5 bis ½6 Uhr in der Wohnung des Genossen Schwarz, Mariendorf, Rathausstr. 97, abzurechnen — Der Kunstabend beginnt nicht um 7 Uhr, sondern erst um ½8 Uhr.

125. Abt. Weißensee. Eintrittskarten für die Proletarische Feierstunde für das Große Schauspielhaus am kommenden Sonntag sind beim Genossen Heinr. Gädkerstr. 7, und an der Kasse zu haben. Zum Ausschmücken des Saales zur Revolutionsfeier werden die Genossen gebeten, um 3 Uhr in die Gemeindewaschhalle zu kommen.

Abt. Hermsdorf-Waidmannslust. Die Novemberfeier findet in Waidmannslust 7 Uhr im Lokal von Arlt dicht am Bahnhof statt. Andere Angaben sind unzutreffend.

Jugendveranstaltungen.

Verein der sozialistischen Arbeiterjugend.

Der Genosse **Emil Wegner** von der früheren Sozialistischen Proletarierjugend, Abt. Osten, ist nach kurzer Krankheit gestorben. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 9. November, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Genossen, die sich an der Einäscherung beteiligen, treffen sich um 10 Uhr am Bahnhof Warschauer Straße.

Sport.

Breitensträter unterlegen.

Im Sportpalast, der bis auf den letzten Winkel gefüllt war, gab es gestern einen sehr erregten Abend. Breitensträter unterlag in der 9. Runde dem ihm zweifellos an Erfahrung und Technik überlegenen Deutschamerikaner Samson. Samson kämpfte mit außerordentlicher Ruhe, während Breitensträter besonders in den ersten Runden zunächst sein altes Draufgängertum bewies. Dann schwächte er merklich ab, und in der 7. Runde mußte er wegen eines Tiefschlages verwarnt werden. In der 9. Runde geht er zweimal zu Boden und empfängt noch in hockender Stellung einen Nackenschlag Samsons. Dieser erhält ebenfalls eine Verwarnung und Breitensträter gibt unter unbeschreiblichem Tumult des sportlich bekanntlich außerordentlich schlecht disziplinierten Berliner Publikums den Kampf auf. Kurz darauf erschien Hans Wagner im Ring und forderte den Sieger Samson heraus. Samson ließ öffentlich erklären, daß er die Herausforderung annehme. — Das Interesse spitzte sich natürlich auf den Kampf Breitensträter-Samson zu, so daß die vorhergehenden drei Kämpfe etwas unter den Tisch fielen. Beyerling schlug Davysohn-London in 10 Runden, Arndt-Magdeburg Alfred Böger in der 3. Runde knockout, und Merten-Frankreich erlitt durch den Kölner Domgörgen in einem Achtstundenkampf eine Niederlage durch Punktwertung.

Gewerkschaftsbewegung

Die Löhne der Gemeindearbeiter.

Die Funktionäre der das Lohnkartell der Gemeindearbeiter Berlins bildenden Verbände waren am Dienstag in den Andreas-Festsälen versammelt, um zur Lohnvereinbarung für die Monate Oktober und November Stellung zu nehmen. Polenske führte dazu aus, daß bei den Verhandlungen mit dem Magistrat am 27. Oktober dessen Vertreter empfahlen, erst die Verhandlungen für das Reich abzuwarten und einstweilen eine Abschlagszahlung von 1000 M. auszuzahlen. Bei einer neuen Stellungnahme wurden dann weitere 2500 M. bewilligt. Die Reichsregelung, die eine Zulage von 1600 M. für Ungelernte und 1700 M. für Gelernte vorsah, wurde von dem Lohnkartell abgelehnt. Ein Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium befaßte sich darauf mit der Angelegenheit. Der Magistratsvertreter machte auch hier den Vorschlag, erst die Verhandlungen für die Reichsarbeiter abzuwarten, worauf das Schiedsgericht dem Magistrat empfahl, Abschlagszahlungen zu leisten. Bei den neuen Verhandlungen wurden die Frauenzulage auf 5 M. und die Kinderzulage auf 8 M. pro Stunde erhöht. Die Löhne für November gelten auf unbestimmte Zeit. Am Schlusse der Verhandlungen forderten die Arbeitervertreter schleunige Auszahlung der neuen Löhne.

Die Löhne betragen für

	im Alter von 18—21	21—24	über 24 Jahren	
Männl. Ungelernte:				
Oktober .	81,—	91,50	95,25	Mark
November	92,85	104,65	109,—	„
Weibl. Ungelernte:				
Oktober .	57,80	65,30	68.—	„
November	66,—	74,55	77,65	„
Männl. Angelernte:				
Oktober .	82,25	92,90	96,75	„
November	95,20	107,55	112,—	„
Weibl. Angelernte:				
Oktober .	58,75	66,40	69,10	„
November	67,85	76,65	79,80	„
Männl. Handwerker:				
Oktober .	85,70	96,80	100,80	„
November	99,45	112,35	117,—	„
Weibl. Handwerker:				
Oktober .	61,20	69,15	72.—	„
November	70,85	80.—	83,35	„

Männliche Jugendliche im Alter von

	14	15	16	17 Jahren
Oktober . . .	28,60	38,10	49,55	57,15 Mark
November . .	32,70	43,60	56,70	65,40 „

Weibliche Jugendliche im Alter von

	14	15	16	17 Jahren
Oktober . . .	20,40	27,20	35,40	40,80 Mark
November . .	23,80	31,10	40,40	46,60 „

Die Frauenzulage beträgt 5 M., die Kinderzulage 8 M.

In der Diskussion wurde das Abkommen als unzulänglich bezeichnet. Ferner wurde geklagt über die geringe Entlohnung der Reinemachefrauen in den Schulen. Darauf teilte noch Lagodschinski den neuen Beschluß der Gewerkschaftskommission mit, am 9. November die Arbeit nicht ruhen zu lassen, der einmütig von allen Rednern gebilligt würde. Das neue Lohnabkommen wurde dann angenommen, ebenso eine Resolution gegen die außerordentlich geringe Bezahlung der Krankenpflegeschüler. Der Magistrat, die Stadtgemeinde Berlin, sowie der Leiter der Deputation für das Gesundheitswesen werden aufgefordert, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Entlassungen bei der Reichspost.

Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums schreibt uns:

„Zu den in Nr. 502 des „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Entlassungen bei der Reichspost. Als Aushelfer zu alt geworden" veröffentlichten Ausführungen wird ergebenst bemerkt, daß es sich um 38 Posthelfer handelt, die in der Mehrzahl im Jahre 1915 als Kriegsaushelfer eingestellt worden sind. Von ihnen stehen 21 im Alter von 65 bis 69 Jahren und 17 im Alter von 70 bis 79 Jahren. Nur drei im Alter von 69, 70 und 72 Jahren sind länger als 10 Jahre im Postdienst beschäftigt. Nachdem die entbehrlichen Posthelfer mit einer Beschäftigungszeit von weniger als fünf Jahren beim Postamt 77 inzwischen ziemlich restlos ausgeschieden sind und da infolge Verkehrsrückganges eine weitere Personalverminderung Platz greifen muß, konnten die Helfer nicht mehr im Postdienste gehalten werden, zumal ihre Leistungsfähigkeit bei ihrem vorgerückten Lebensalter naturgemäß stark herabgesetzt ist und die Kündigung auch schon vom Vereinfachungsausschuß in Anregung gebracht worden war. Ihre Ueberweisung an andere Post- oder Telegraphenämter ist nicht angängig, da auch bei diesen Hilfskräfte in großer Zahl entbehrlich werden. Der Postverwaltung fehlt es durchaus nicht an Verständnis dafür, was die Entlassung unter den gegenwärtigen Verhältnissen für alte Leute bedeutet, sie ist aber nach den bestehenden Gesetzen nicht in der Lage, ausscheidende alte Helfer ebenso wie alte Beamte zu behandeln, die fast ihr ganzes Leben im Dienste der Verwaltung zugebracht haben, und denen von Gesetzes wegen ein Ruhegehalt zusteht. Die Gekündigten scheiden Mitte November mit Uebergangsgeld aus. Wegen Gewährung einer laufenden Unterstützung an die Posthelfer mit mindestens zehnjähriger Postdienstzeit ist das Erforderliche in die Wege geleitet."

Es sind also nicht 40, sondern 38 Aushelfer, und die meisten davon „erst" sieben Jahre im Dienst. Ueber ihre Leistungsfähigkeit war man sich sicher schon längst klar und konnte ihnen vor zwei Jahren schon anheimgeben, sich nach anderer Beschäftigung umzusehen, als es noch leichter oder überhaupt noch möglich für sie war, solche zu finden.

„Sieg"!

So wird vielleicht die „Rote Fahne" wieder schreiben, wenn sie von dem Ergebnis folgender Versammlung berichtet, welche Stellung nahm zu dem kommunistischen Betriebsrätekongreß.

Am Freitag, den 9. November, fand eine „Betriebsversammlung" von Angestellten und Arbeitern der Firma Druckenmüller, Tempelhof, statt. Von den etwa 300 Beschäftigten, welche fast restlos im DMV. organisiert sind, waren 45 Personen anwesend, die mit „Mehrheit" für Abhaltung des Kongresses stimmten. Der Referent Lipki stellte sich als Mitglied des 15. Ausschusses vor. Für Kenner der Volkswirtschaft war es geradezu unglaublich, wie es möglich ist, daß die Arbeiterschaft derartige Ausführungen ruhig hinnehmen konnte. Daß er keine Ahnung hat von den wirklichen Dingen, mußte er sich von einzelnen Rednern sagen lassen. Wenn er die Not und das Elend der Arbeiterschaft schilderte, so können die Gewerkschaften darauf verweisen, daß sie es gerade sind, die zurzeit alles tun, um eine Besserung herbeizuführen.

Wenn die Kommunisten glauben, daß ihr Rumpf-Betriebsrätekongreß eine Aenderung bringen kann, so ist dies immer mehr ein Beweis dafür, wie oberflächlich sie unsere schwere wirtschaftliche Notlage beurteilen. Da es den Kommunisten auch mit Hilfe des Betriebsrätekongresses nicht gelingen kann, irgend etwas an den Dingen zu ändern, so wird in diesem Streit der Arbeiter untereinander nur der Unternehmer — wie immer — der lachende Dritte sein.

Welche durchgreifenden Maßnahmen notwendig sind, um endlich eine gesunde Wirtschaftsform zu schaffen, darüber haben die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten der Arbeiterschaft schon die nötige Aufklärung gegeben. Es ist nur notwendig, daß sich die Arbeiterschaft mit diesen Anregungen mehr beschäftigt als mit den kommunistischen Experimenten.

Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzufern, wo endlich auch die Anhänger der Kommunisten erkennen, daß es geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterschaft ist, wenn man nur aus rein parteiegoistischen Motiven die Massen „in Fluß halten" will.

Betriebs- und Beamtenräte bei der Reichsbahn.

Die Zahl der Beamten- und Betriebsrätemitglieder bei der Reichseisenbahn mit ihren 18 000 Dienststellen und mehr als 1 Million Beamten und Arbeitern beträgt rund 26 000 Betriebsratsmitglieder und ebenso viele Beamtenratsmitglieder. Die Geschäfte dieser Vertretungen werden in der Hauptsache nur von den völlig vom Dienst befreiten Beamten- und Betriebsratsmitgliedern besorgt. Dies sind zurzeit nur 266 Beamte und 351 Arbeiter. Die Zahl der vom Dienst befreiten Mitglieder ist im Laufe der Zeit immer mehr herabgemindert worden. Außerdem werden die vom Dienst befreiten Betriebsratsmitglieder auch zum Teil mit Geschäften bei der Durchführung des Gedinges befaßt, eine Arbeit, die sonst von anderen Vertrauensleuten der Arbeiter wahrgenommen werden müßte.

Die Bemühungen der Verkehrsverwaltung um den Abbau des Personals haben dazu geführt, daß im Laufe des Rechnungsjahres 1921 rund 40 000 Personen entlassen wurden.

Lohnbewegung im Mineralöl-, Oel- und Fettgroßhandel.

In einer vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufenen, sehr gut besuchten Vollversammlung beschäftigten sich die Arbeitnehmer mit dem Angebot der Arbeitgeber. Den Bericht gab Buhlmann; er führte aus, daß die Verhandlung sich besonders schwierig gestaltete, da die Arbeitgeber die Lohnforderung von 125 Proz. für November als zu hoch bezeichneten. Die Notlage der Arbeiterschaft werde anerkannt, aber die Arbeitgeber könnten die durch die Indexzahlen festgestellte Verteuerungssumme nicht als Zulage gewähren, da die Firmeninhaber sich gleichfalls in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befänden. In der Verhandlung boten die Arbeitgeber für die erste Hälfte 60 Proz. und für die zweite Hälfte des November 70 Proz. Lohnzulage.

Sämtliche Redner sprachen sich für die Ablehnung des Angebots aus, da das Gebotene bei der augenblicklich sprunghaften Steigerung des Dollars und der damit verbundenen weiteren Verteuerung der Lebenshaltung bei weitem nicht genüge, einen Ausgleich zu schaffen. Die Arbeiterschaft gehe einer weiteren Verelendung entgegen. Ein Antrag, die Lohnkommission zu beauftragen, erneut Verhandlungen nachzusuchen, wurde eingebracht.

Von der gesamten Lohnkommission wurde die Annahme des Angebots empfohlen, da keine Aussicht bestehe, in direkter Verhandlung höhere Zugeständnisse zu erhalten. Nach zweimaliger Abstimmung gelangte der Antrag der Lohnkommission mit einigen Stimmen Mehrheit zur Annahme. Es wurde weiter eine Resolution angenommen, die die Lohnkommission beauftragt, bei der nächsten Verhandlung dahin zu wirken, daß die festgestellte Verteuerungssumme des Index als Lohnzulage erreicht werde.

Es wurde bekanntgegeben, daß die Tarife ab Dienstag, den 7. November, im Bureau, Engelufer 24/25, Zimmer 31, erhältlich sind.

O du mein Max!

Der Herr Chefredakteur Dr. Max Maurenbrecher ist nach all seinen Irrfahrten zu den Gelben gekommen. Er redete am Sonntag in dem sogenannten Nationalverband deutscher Berufsverbände über „Marxistisch oder völkisch" und fand in diesem sachverständigen Kreise natürlich „allgemeine Zustimmung". Die Gelben resolvierten gegen die Arbeitsruhe am 9. November sowie für erhöhte Arbeitsleistungen und vermehrte Erzeugung als Gegengewicht gegen die zunehmende Verelendung und die Preissteigerungen. Die Gelben sind stets dann fleißig, wenn die übrigen Arbeiter aus irgendeinem besonderen Anlaß einmal nicht arbeiten.

In Kaiserslautern hat die Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebr. Kayser den Betrieb geschlossen und die Arbeiter entlassen, angeblich wegen Ausschreitungen der Arbeiter.

Im Saargebiet ist ein Streik in der weiterverarbeitenden Industrie in letzter Stunde vermieden worden, da eine Einigung über die strittigen Lohn- und Gehaltsfragen erzielt wurde. Auch in den Lohndifferenzen im Saarhandel ist eine Einigung zu erwarten.

In den Pariser Gasanstalten ist die Arbeit wieder aufgenommen worden

Wirtschaft

Das Problem der Rubelstabilisierung.

Auf der Plenartagung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees bezeichnete der stellvertretende Finanzkommissar Ssokolnikow die Stabilisierung des Rubels, dessen neuer Sturz im September und Oktober schwerste Erschütterungen hervorgerufen habe, als die dringlichste Aufgabe. Durch rücksichtslose Kürzung der Ausgaben, durch Ausbau des Steuersystems und Steigerung der Steuern, der Post- und Telegraphentarife müsse die allmähliche Einschränkung der Notenausgabe ermöglicht werden, die im Januar 12, im Februar 18, im März 32, im April 46, im Mai 85, im Juni 106, im Juli 154, im August 221, im September 230 und im Oktober 260 Tausend Milliarden (alter) Rubel betragen haben. Als Folge der gegenwärtigen Finanzpolitik sei bereits eine Besserung insofern eingetreten, als das Tempo der Zunahme der Emissionen sich verlangsamt habe und der Anteil der Notenausgabe an der Deckung der Staatsausgaben von 90 Proz. im Januar auf etwa 60 Proz. im August, September und Oktober zurückgegangen sei und im November voraussichtlich 51 Proz. betragen werde. Das Budget für das Jahresviertel Oktober-Dezember dieses Jahres sehe Ausgaben in Höhe von 1800 Tausend Milliarden vor, was etwa 250 Millionen Goldrubel entspreche.

Es sollen zunächst versuchsweise inländische Anleihen ausgegeben werden, darunter eine Prämienanleihe mit Zinsen und Gewinnen in Gold, doch könne eine Gesundung der Finanzen nur durch eine Steigerung der Rohstoffausfuhr erzielt werden.

In der Debatte erhoben u. a. die Linkskommunisten Sosnowski und Larin Einspruch gegen die rücksichtslose Steuerpolitik und Kürzung der Emission, die das Wirtschaftsleben zum Stillstand bringe. Larin verlangte, man solle dem Beispiel Deutschlands folgen, wo durch eine gewaltige Notenemission die Industrie in vollem Gange erhalten werde! (Dafür schimpfen auch die deutschen Kommunisten über „Stinnisierung. Red.) In seinem Schlußwort wies Ssokolnikow auf die katastrophalen Folgen der Inflation in Deutschland hin, die keineswegs willkürlich sei, sondern durchaus zwangsläufigen Charakter habe.

Die deutsch-österreichische Notenbank. Das neue Notenbankstatut wurde dem deutsch-österreichischen Parlament überreicht. Das Aktienkapital im Betrage von 30 Millionen ist in Goldkronen einzuzahlen. Die Konstituierung der Bank erfolgt nach Einzahlung von 15 Millionen. Der Rest ist binnen sechs Monaten nach der Gründung einzuzahlen. Die früher vorgesehene Garantiehaftung des Staates für Unversehrtheit des Aktienkapitals fällt fort. Der Generalrat besteht aus dem Präsidenten und 13 gewählten Mitgliedern, wovon mindestens 9 Mitglieder Inländer sein müssen. Der Staat ernennt keine Mitglieder. Die Bestimmung, daß der Staat die Bankmittel ohne Gegenleistung in Gold oder in Devisen nicht in Anspruch nehmen darf, wird auf die Länder und Gemeinden ausgedehnt. Die Deckung des Notenumlaufs hat im ersten Jahrfünft zwanzig Prozent, im zweiten 24 Proz., im dritten 28 Proz., von da an 33⅓ Proz. des Gesamtumlaufs zu betragen. Bis zur Aufnahme der Barzahlungen sind von der Bank 25 Millionen in Goldguthaben oder -Depots an den Hauptplätzen Europas und Amerikas zu halten. Den Aktionären gebühren aus dem Jahresgewinn 8 Proz. des Aktienkapitals in Gold, von dem Mehrgewinn erhält der Staat ⅔—¾.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Gewinn-Auszug

der

20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse 26. Ziehungstag 7. November 1922

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der 1. Ziehung wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 75000 M 3689[illegible]
2 zu 50000 M 258054
24 zu 5000 M 40346 46863 83188 131871 176723 199288 239372 288132 351[illegible] 357[illegible] [illegible] 358577 361674
130 zu 3000 M 4687 6208 14643 17646 20373 27643 27737 28583 31796 33[illegible] 36[illegible] 37004 44128 50793 65327 69[illegible] 75[illegible] 78[illegible] 78652 80[illegible] 86251 86544 69849 107453 118[illegible] 120[illegible] 123213 126375 128432 138882 152092 1549[illegible] 15[illegible]749 187421 206824 214345 2[illegible]943 23[illegible] 241[illegible] 248101 249[illegible] 272919 280[illegible] 284333 291231 299[illegible] 300295 301684 308[illegible] 317156 321001 332689 3[illegible]6983 338606 339973 342027 342439 352[illegible] 353[illegible] 354854 358555 359107 360085 364963 369284

In der 2. Ziehung wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 500000 M 56059
6 zu 10000 M 5[illegible] 192481 242738
16 zu 5000 M 37098 110528 117186 117537 124003 158753 164184 262249 311533
142 zu 3000 M 1696 17741 25463 27734 32219 38066 45157 55351 67612 68818 67100 7[illegible] 78[illegible] 87158 87954 90059 91108 9[illegible] 95[illegible] 100993 102[illegible] 10225[illegible] 106570 139[illegible] 121652 123[illegible] 140710 164236 1666[illegible] 167017 175438 176118 18636[illegible] 196128 200076 203847 204307 204[illegible] 223[illegible] 226855 228720 2[illegible] 2[illegible] 235963 243606 244738 246316 278946 2[illegible] 289441 297256 305708 305944 307387 321419 32[illegible] 3[illegible] 332[illegible] 334738 334537 334898 336089 337522 339311 340376 341686 361391 361890 373063 374092 374412

In der 3. Ziehung wurden Gewinne über 1500 Mark gezogen:

2 zu 1000000 M 96092
2 zu 15000 M 63118
6 zu 10000 M 220686 234269 269478
18 zu 5000 M 6319 26533 96890 117018 168516 180967 162815 287905 301401
150 zu 3000 M 197[illegible] 21083 25824 24689 28642 61977 36630 37358 61979 56630 67586 78874 79628 81706 8[illegible] 86074 96[illegible] 101490 102908 12[illegible] 121[illegible] 121976 129897 134030 140956 14196[illegible] 149[illegible] 155605 5[illegible] 158508 160131 166642 172977 177512 180581 186800 19[illegible] 206773 213724 214093 216121 219067 221960 22[illegible] 225198 22[illegible] 234106 243155 248730 251[illegible] 254426 255027 255[illegible] 256[illegible] 260[illegible] 270640 273148 276030 283665 284145 291517 307681 310463 311740 314456 316046 3[illegible] 334278 336207 339426 340207 346908 352413 352702 367513 362640 370486 37[illegible] 372781

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Mantelstoffe
marine Cheviot, schwere Anzugware, sehr preisw.! Trikotag. für Damen, Herren u. Kinder. Neuheiten in Damen-Putz!
Ella Dehmel, Neukölln,
Niemetzstr. 9. Nähe Richardplatz.
Telephon: Amt Neukölln 469

Zahngebisse
sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
zerbroch. Gegenstände genau denselben Wert kauft und zahlt höchste Tagespreise
Barheine Edelmetallverwertung
Invalidenstr. 2, v. I. rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstraße
Kopenhagener Str. 9 (Laden)
2 Min. v. Bahnh. Schönhauser Allee

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Pfandscheine, Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft höchstzahlend
Holzmarktstr. 5.
Passage

Getragene Herren- u. Damengarderobe
sowie ganze Nachlässe kauft u. verkauft
Koch, Neukölln
Bergstr. 55, Laden.

Perser-Teppiche Klaviere, Flügel
höchste Tagespr. zahlt Sewe, Pallasstr. 8, Kurf. 9134

Qualitätswaren!
Mäntel
Schlüpfer • Paletots • Raglans
in Ia Verarbeitung, genau wie Maßarbeit
15000.- bis 39500.-
Pelze
in großer Auswahl
Versuchen Sie es einmal und Sie bleiben mein ständiger Kunde. Kein Kaufzwang. Besichtigung erbeten.
Leihhaus
CHARLOTTENBURG
Wilmersdorferstr. 127
Ecke Schillerstr. I. Etage
Anzüge
in ganz modernen Formen, beste Verarbeitung, genau wie Maßarbeit
Mk. 6850.- bis 32500.-

Fugenlose
Trauringe
Duk.-Gold 900 gst.
v. 5000.- Mk. an
333-585 in reicher Ausw.
Namen und Etuis umsonst
Apparate, moderne Uhren e
Trauringfabr. Alb. Thal & Co.
1. Geschäft: C. 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt)
2. Geschäft: Charlottenburg, Bismarckstraße 76
(Untergrundbahn Sophie-Charlotte Platz)

Strickjacken
aller Art für Damen, Herren, Kinder.
Sportgarnituren, Schals u. Mützen
Nur Einzelverkauf bester Qualitätsware
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter Berlin-Pankow Mendelstraße 36 I
Fabrik-Niederlage Thüringer Wollwaren
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.
Fernruf: Amt Pankow 3723.

Achtung! Hosen!
Arbeitshosen . . . . 1350 Mk. an
Gestr. Hosen . . . . 1965 „ „
Ers. f. Maß 2400 „ „
Briedges-Hosen . . . 950 „ „
Manchester-, Engl. Leder-, Feldgraue } Hosen { äußerst billig
Münch.-Gladbach. Hosen-Zentrale
Berlin, Rügener Straße 25
(blauer Laden), nahe Bhf. Gesundbr.
Fahrlinien: 5, 8, 35, 36, 37, 40, 41, 42, 98, 111, 27, 148
Fahrgeldvergütung!

Kapitän-Kautabak
ist im Geschmack unübertroffen; in Zigarrenhandlungen erhältlich.
C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kat. 3081)

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise.
Edmund Voß, Bln.-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel. Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbwaren